



HINTERGRUND - SEITE 5

Wasser hat keine Balken

Umweltausschuss brütet über Pläne, wie man Grundwasser besser sichern kann

SOZIALES

Pfleger im Maßregelvollzug sauer: Die Landesregierung unterstützt uns zu wenig

Die Landesbediensteten im Maßregelvollzug fühlen sich in ihrer Arbeit von der Gesellschaft, aber vor allem auch von der Politik nicht ausreichend wertgeschätzt. „Wir sind so etwas wie die Schmutzkinder der Landesverwaltung“, sagte Jens Schnepel, der Vorsitzende der Gewerkschaft für das Gesundheitswesen Niedersachsen (GeNi), im Gespräch mit dem Politikjournal Rundblick. Er kritisierte zudem, dass sich Sozialministerin Daniela Behrens (SPD) noch keine Zeit genommen habe, die Einrichtung in Moringen (Landkreis Northeim) zu besuchen – selbst zu dem Zeitpunkt nicht, als sie im Bundestagswahlkampf in der Region unterwegs gewesen sei.



Jens Schnepel (links) schildert Niklas Kleinwächter die Lage des Pflegepersonals im Maßregelvollzug.

Die mangelnde Wertschätzung macht der GeNi-Vorsitzende aber auch an finanziellen Aspekten fest. Dass die Beschäftigten im Maßregelvollzug hierzulande von der Pflegezulage ausgenommen sind, ist für ihn ein Skandal. Schnepel fordert von der Landesregierung, eine monatliche Zulage in Höhe von 140 Euro für das Pflegepersonal im Maßregelvollzug und in den Justizvollzugsanstalten vorzusehen. „Das klingt nicht nach viel Geld, aber für den einzelnen Pfleger spielt es eine Rolle, ob er 140 Euro hat oder

nicht hat.“ In der Summe geht es dabei um knapp 1,3 Millionen Euro im Jahreshaushalt des Landes, knapp 800 Pflegebeschäftigte im Maßregelvollzug sollten bedacht werden.

Der Maßregelvollzug werde gemeinhin auch als „Psychoknast“ bezeichnet, die Arbeit des Pflegepersonals dadurch herabgesetzt, so der Gewerkschaftschef. Dabei hätten gerade die Mitarbeiter im Maßregelvollzug mit sehr anspruchsvollen und auch gefährlichen Situationen zu tun. Im Maßregelvollzug sind psychisch kranke Straftäter und Drogenabhängige untergebracht. Immer häufiger komme es zu tätlichen Angriffen auf das Pflegepersonal. Das geschieht laut Schnepel dann, wenn ein Patient, der im Maßregelvollzug als „untergebrachte Person“ bezeichnet wird, die Beherrschung verliert, weil er etwa die medikamentöse Behandlung abgelehnt hat. Komme es bei einem ehemaligen Patienten dann einmal zu einem Rückfall, verbunden mit körperlichen Übergriffen oder gar Tötungen, werde häufig in der Öffentlichkeit das Pflegepersonal dafür verantwortlich gesprochen. Ihm selber falle es in solchen Situationen dann schwer, unter Leute zu gehen, weil er sich mit Vorwürfen konfrontiert sieht. Als Pflegekraft im Maßregelvollzug tätig zu werden, sei unter den aktuellen Umständen also nicht gerade attraktiv. Der Pflegemarkt sei ohnehin hart umkämpft, geschultes Personal ist Mangelware. Vielen sind die Bedingungen in der Pflege zu schlecht. Das gelte bereits für die Altenpflege, der Maßregelvollzug habe aber noch einen schlechteren Ruf, meint Schnepel. Dass das Pflegepersonal aber auch von der Landespolitik zweitrangig behandelt werde, ist für Schnepel ein besonderer Affront. Neben der fehlenden Pflegezulage spielt hier auch noch die Auseinandersetzung um die Corona-Erstimpfung eine Rolle. So hätten die Beschäftigten im Maßregelvollzug erst darum kämpfen müssen, dass sie auch zur „kritischen Infrastruktur“ gehören und entsprechend in der Priorisierung eine Rolle spielen, schilderte Schnepel im Rundblick-Gespräch.

„Im Maßregelvollzug fehlen 200 Patientenplätze.“

Auch wegen dieser komplizierten Begleitumstände fehlen laut Schnepel noch immer 200 Patientenplätze im Maßregelvollzug. Im Februar 2020 hat die Nachricht für Aufsehen gesorgt, dass 256 Menschen in Niedersachsen im Gefängnis auf einen freien Platz im Maßregelvollzug warteten. Doch passiert sei seitdem wenig. Schnepel erkennt durchaus Bemühungen des Landessozialministeriums an, die Bettenkapazität zu erhöhen. Doch was tatsächlich fehlt, sind nicht Betten oder Zimmer, sondern eben geschultes Personal. Schnepel appelliert an das Sozialministerium, seinen Zuständigkeitsbereich nicht zu vernachlässigen. Immerhin sei der Maßregelvollzug die größte Abteilung der nachgeordneten Behörden des Sozialressorts. Was in der Öffentlichkeit häufig falsch zugeordnet wird: Der Maßregelvollzug klingt zwar nach Justizressort, gehört aber wegen des pflegerischen und psychiatrischen Anteils des Vollzugs zum Sozialressort. Die Große Koalition hatte sich vorgenommen zu prüfen, ob man das ändern soll. Doch niemand zeigte bisher Interesse an einem Neuzuschnitt der Zuständigkeiten – auch die Pflegekräfte nicht. Was ihnen allerdings wichtig sei, wie Schnepel betont: „Dass sie als Landesbedienstete nicht schlechter behandelt werden als jene Pflege-Kollegen, die nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden.“



Mitten in Moringen befindet sich der größte Maßregelvollzug Niedersachsens.